

## Aktuelles Vorhabengebiet



### Windparkplanung Havelberg

Vorhabengebiet reduziert  
um den

- Waldbereich
- Nahbereich eines  
Rotmilans und  
Seeadlers
- Zentralen Prüfbereich  
eines Baumfalken
- Nicht vollständig  
kartierten Bereich im  
Norden



# Fledermäuse retten ihren Havelberger Wald

Bürgermeister verschweigt Kurswechsel des Windrad-Konzerns wpd

DOSSIER VON JENS PETER PAUL AM 7. JULI 2025 (VORLÄUFIGE FASSUNG)

**Das Interesse des Bremer Windkraftkonzerns wpd an einer Nutzung des Havelberger Stadtwaldes für einen sehr großen „Windpark“ hat sich deutlich abgekühlt. Möglicherweise steht das Projekt für wpd sogar insgesamt in Frage. Das ist das Ergebnis eines „Fachgesprächs“ mit Beteiligung maßgeblicher Akteure am 13. Mai im Havelberger „Haus der Flüsse“. Zu stande gekommen ist es auf Initiative des Biosphärenreservats Mittelelbe; Fachbereichsleiter Philipp Ritzmann moderierte das Treffen auch.**

Soweit ohne Unterstützung des Veranstalters rekonstruierbar, waren neben zwei wpd-Vertretern und Ritzmann unter anderem eingeladen und um 11 Uhr auch anwesend:

Alexander Vollmer (Landesamt für Umweltschutz),  
Doreen Krüger (Landesverwaltungsamt),  
Nicole Genderjahn (Landratsamt Stendal),  
Mathias Bölt (Bürgermeister Havelberg),  
Marcus Fritze (Fledermaus-Kompetenzstelle Südharz) sowie  
Sebastian Horn und Detlef Zindl (Stadtwerke Havelberg).

Landrat Patrick Puhmann (SPD), Sohn des Chefs der Biosphäre Mittelelbe Guido Puhmann, der wiederum Chef des Organisators Ritzmann, hatte sich entschuldigen lassen, wurde aber über Verlauf und Ergebnisse unterrichtet.

Auf Nachfrage bestätigt Ritzmann indirekt, dass die Beteiligten Vertraulichkeit über Treffen und Ergebnisse dieser „sehr guten Runde“ vereinbart hatten. Es müssten nämlich erst weitere „Gespräche auf Fach- und Sachebene“ geführt werden, dann „in kleinerer Besetzung“, dies aber noch im Juli; der Termin werde gerade abgestimmt.

Erst nach deren Abschluss habe man die Öffentlichkeit (und insbesondere auch die Windkraft-Gegner) ins Bild setzen wollen, „denn alles andere bringt ja nichts“, bevor endgültige „Beschlüsse und Ergebnisse“ über die konkrete Windpark-Planung vorlägen.

Wie zuvor bereits andere Teilnehmer der Runde zeigte sich auch Ritzmann ausgesprochen unglücklich, dass das Commitment, bis auf weiteres Stillschweigen zu bewahren über diesen Termin und die neuen Tatsachen, die er ergab, nun nach acht Wochen zu scheitern droht.

Argumenten, wie in einer Demokratie, insbesondere im konkreten Fall nach allerlei Versprechungen „transparenter Kommunikation“ und „ständiger Beteiligung und Unterrichtung der Öffentlichkeit“, mit neuen (und keineswegs erwartbaren) relevanten Entwicklungen und Informationen umzugehen sei, war der Mann vom Biosphärenreservat („Wir zeigen, wie Umweltschutz funktionieren kann“), nicht zugänglich.

Und das, obwohl der Termin zumindest nach jetzigem Stand eine Zäsur darstellt im zunehmend emotionalen und auch mit harten, sogar existenzbedrohenden Bandagen gegen einzelne Personen geführten Streit um das Gesamtvorhaben.

Es ist eine Zäsur, die vom Windkraftkonzern wpd selbst ausgeht.

Das Bremer Großunternehmen war von den Havelberger Stadtwerken von Anfang an vorgesehen als Generalplaner, Investor und Betreiber, „kompetent und erfahren in

jeder Projektphase“ (Eigendarstellung). Am 13. Mai war es mit Geschäftsführer Rami Ramadan und Projektleiterin Svea Schäfer im Haus der Flüsse vertreten.

Die beiden hatten für das „Fachgespräch Fledermäuse / Windkraft bei Havelberg“ (Überschrift) eine Präsentation mitgebracht, wonach der Konzern seine „Windparkplanung Havelberg“ im „Vorhabengebiet“ deutlich „reduziert“. Danach verzichtet wpd - so der Wortlaut ihrer Text-Bild-Tafeln - auf eine Beanspruchung des „Waldbereichs“, auf den „Nahbereich eines Rotmilans und eines Seeadlers“, auf einen „zentralen Prüfbereich eines Baumfalken“ und auf einen „nicht vollständig kartierten Bereich im Norden“.

Ziel dieser Halbierung der Flächennutzung, so Ramadan und Schäfer, sei die „Entwicklung eines angepassten Windparkdesigns“.

Man strebe eine „lösungsorientierte Entwicklung von Ausgleichs-, Ersatz- und Schutzmaßnahmen unter Beteiligung aller Akteure“ an.

Am Ende müsse ein „gemeinsam erarbeitetes Windparkkonzept“ stehen, „welches Windenergieausbau und Artenschutz vereint“.

wpd wolle „erneuerbare Energien mit dem Natur- und Artenschutz vereinen“, den „Windpark Havelberg fachlich aktuell und naturgerecht entwickeln“ und „unterschiedliche Interessensgruppen vereinen“, zugleich aber, so erfuhren die Teilnehmer an jenem Dienstag vor acht Wochen mit direktem Blick auf Havel, Stadtinsel und Campinginsel, einen „Beitrag zur Energiewende leisten“ und „Wertschöpfung vor Ort schaffen“.

Auf Nachfrage ließ Ramadan in einem ausführlichen Gespräch vergangene Woche offen, ob der Verzicht auf den Wald für Bau und Betrieb von Windrädern der neuesten Generation nördlich von Havelberg und die Beschränkung auf „Offenlandflächen“, womit im wesentlichen Äcker und Wiesen westlich des Waldes entlang der Bundesstraße 107 gemeint sind, ein endgültiger ist.

Festlegen will sich der wpd-Geschäftsführer nicht einmal, ob das Vorhaben nach Halbierung der Anlage überhaupt noch wirtschaftlich zu betreiben ist.

Dies hänge unter anderem davon ab, ob für den Anschluss an das überörtliche Stromnetz ein eigenes Umspannwerk gebaut werden müsse und wo dieser Anschluss erfolgen könne, zum Beispiel, so Ramadan, zehn Kilometer nördlich (dann befände er sich aber bereits in Brandenburg).

Den Einwand, kein Mensch werde ihm abnehmen, dass seine Riesenfirma mit der Erfahrung von 2.800 errichteten Anlagen diese Fragen nicht längst geklärt hat, quittiert er sinngemäss mit einem Schulterzucken: Glaube es oder lass es bleiben - es ist so.

Selbst die Möglichkeit eines kompletten Ausstiegs der wpd onshore GmbH & Co. KG aus dem Projekt („Die Fixkosten bleiben ja, wenn wir weniger Anlagen aufstellen“) lässt er auf ausdrückliche Nachfrage offen.

Es werde jetzt intern gerechnet, geplant, gesprochen und gedacht. Das sei aber „ganz normal“, auch eine Halbierung des Flächenverlangens, denn man habe es in dieser Phase „immer mit einem dynamischen Prozess“ zu tun.

„Deshalb habe ich auch jetzt noch kein endgültiges Ergebnis, mit dem ich wieder nach Havelberg kommen könnte.“

„Aktuell“ sei die „Wirtschaftlichkeit noch gegeben“, so der Mann von wpd, der im Norden von Sachsen-Anhalt keine Diskussion und keinen Streit scheut, sondern persönlich anreist, wenn es um den Gewinn neuer Flächen für Windräder und Photovoltaik-Anlagen und die entsprechende Überzeugungsarbeit geht, ein Vorgehen und ein Kommunikationstalent, mit dem er sich einen gewissen Respekt auch der Windradgegner erarbeitet hat.

Im Moment erweckt Rami Ramadan aber - sicherlich nicht aus Versehen - den Eindruck, als wisse er selbst nicht genau, wie diese Geschichte ausgehen und wie der „Windpark Havelberg“ am Ende aussehen wird.

Wenn er denn jemals kommt.

Tatsächlich will wpd nun erst einmal ganz grundsätzlich klären, „ob eine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen der Natura 2000-Gebiete gegeben ist“. Nächster Schritt sei ein Antrag nach § 9 Bundesimmissionsschutzgesetz beim Landrat des Kreises Stendal oder - übergeordnet - beim Landesverwaltungsamt auf Erteilung eines Vorbescheids. Wird dieser verweigert, werden - das steht im Raum - die Karten ohnehin ganz neu gemischt.

In seinen aktuellen Sondierungen versucht der Geschäftsführer herauszufinden, ob ein radikales Eindampfen des Havelberger Projektes zu einer Befriedung der Situation führen würde, ob es auch für die Kritiker und Gegner des Vorhabens ein akzeptabler „Kompromiss“ wäre, „wenn wir auf den Wald verzichten“.

Havelberg sei allerdings, das gibt er nach längerem Zögern zu, „ein besonders schwerer Fall“. Dass der Konflikt hier so gross geworden sei, nun sogar eskaliere, „das bedauern wir von wpd sehr“.

Die Fledermaus-Problematik habe man nicht von Anfang als derart gravierend erkannt, ergänzt seine Projektleiterin Svea Schäfer. „Das war uns anfangs nicht bewusst. Aber wir reagieren auf örtliche Gegebenheiten.“

Ramadan rutscht an einer Stelle sogar ein Satz heraus, nach der ein Kompromiss am Ende auch darin bestehen könnte, „dass kein Windpark entsteht“.

Fledermaus-Forscher Marcus Fritze findet diese Erklärung für den Sinneswandel des Bremer Konzerns seltsam. Die Fakten hätten schon seit vergangenem Jahr allen Verantwortlichen, insbesondere auch wpd, auf dem Tisch gelegen.

„Alle Daten, das gesamte Monitoring der Fledermaus-Population, waren bekannt.“

wpd wisse schon lange, dass es sich in Havelberg um eine „Risikoinvestition“ handele. „Hier bauen zu wollen, war von vornherein eine Schnapsidee. Es gibt in

Sachsen-Anhalt so viele Alternativen - da muss man nicht unbedingt in diesen Hotspot eingreifen.“

Um seine Unversöhnlichkeit gegenüber solchen Leuten an jenem 13. Mai von Anfang an klarzustellen, pampfte Bürgermeister Bölt den Biologen Fritze noch vor Eintritt in die Tagesordnung, also gleich zur Begrüßung, vor versammelter Mannschaft erst einmal an:

„Wenn Ihre Fledermäuse hier bei uns wirklich so wichtig sind - warum sitzen Sie dann im Südharz und nicht in Havelberg?“

Kommentar Dr. Fritze: Eine derart ignorante und brachiale Vorgehensweise wie in Havelberg „habe ich noch nie erlebt - und ich bin kein Windkraftgegner“. „Irgendwas läuft da in Havelberg ganz seltsam.“

	<h3>Teichfledermaus (<i>Myotis dasycneme</i>)</h3>	 <p>Kompetenzzentrale für Fledermuschutz Sachsen-Anhalt</p>	<p>Ausgerechnet hier im wichtigsten Brutgebiet von Fledermäusen weit und breit den Wald abzuholzen und zu betonieren, sei „ein absolutes No-Go“.</p>
<p>FFH Bericht (ST) 2019: ungünstig bis schlecht</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Sensible Fledermausart (siehe Studien zur Störung im Wald)</li><li>• Wochenstube seit 2016 bekannt</li><li>• Einzige Population in Sachsen-Anhalt (&gt; 200 Individuen beringt)</li><li>• Seit 2016 Monitoring</li><li>• <b>FFH-Anh.-II-&gt;Art</b> -&gt; eigentlich Einrichtung eines FFH-Gebiets notwendig (EU-Recht)</li><li>• <b>Verschlechterungsverbot des Erhaltungszustands der Population!</b></li></ul> <p>→ Konsequenzen: Es besteht ein Risiko, dass der Betrieb ganz oder teilweise <b>eingeschränkt oder untersagt</b> wird (z. B. durch gerichtliche Anordnung oder behördliche Nachsteuerung).</p>			

Der Mann ist sauer, das Tischtuch mit dem Rathauschef zerschnitten.

Um den Umgang mit Umwelt- und Tierschützern und Gegnern des Vorhabens halbwegs einordnen zu können, muss man die Folgen eines Verzichts von wpd auf den Wald in den Blick nehmen.

Der Wald gehört der Stadt Havelberg, die verbleibenden „Offenlandflächen“ dagegen größtenteils einzelnen privaten Grundstückseigentümern, vor allem Landwirten.

Der Traum des Bürgermeisters, bereits durch die Pachtzahlungen für die Nutzung der ehemaligen Waldflächen als Standort der größten aktuell auf dem Markt

gängigen Windräder seinen chronisch defizitären Kommunalhaushalt für 30 Jahre zu sanieren, erlitt einen herben Rückschlag.

Entsprechend schlecht seit längerer Zeit die Laune des parteilosen Mathias Bölt, der in der Stadt mit der Unterstellung zu kämpfen hat, er sei von interessierter Seite eigens und vor allem für das Windkraft-Projekt „installiert“ worden.

Nur: Es gibt keinen Beweis für Gerüchte, wpd oder Mittelsmänner hätten 2022 seinen Wahlkampf finanziert und organisiert, mit Filmchen und Plakaten und allem Drum und Dran, damit er diesen Plan durchsetze.

Eines stimmt: Den damals erst 36 Jahre alten Mathias Bölt kannte im Elb-Havel-Winkel kein Mensch, als ihn SPD und Linke für die Direktwahl im März 2022 aus dem Hut zauberten und zu ihrem Kandidaten machten, was mit auf Anhieb 52 Prozent perfekt klappte.



Bölt musste, als Projektleiter von Spezialfirmen für Kampfmittelortung unbeleckt von jeder Erfahrung in öffentlichen Ämtern oder wenigstens in einer Verwaltung, nicht einmal in eine Stichwahl.

Auch Erfahrungen in einem politischen Amt konnte ihm vor drei Jahren niemand nachsagen. Das ist bemerkenswert, aber nichts, woraus man dem Mann einen Vorwurf stricken könnte.

Ein sieben Jahre alter Bericht der "Märkischen Allgemeinen" zeigt Bölt mit seiner damaligen Chefin Kristina Kästner in Diensten der Hamburger Firma Heinrich Hirdes, die seit 1991 zum holländischen Konzern Boskalis gehört. Mit 25.620 Bohrlöchern und einem gigantischen Aufwand mussten die beiden in Potsdam ein halbes Jahr lang herausfinden, ob in der Erde eines Grundstücks an der Heinrich-Mann-Allee in

der Teltower Vorstadt noch Blindgänger aus dem verheerenden Luftangriff vom 14. April 1945 liegen, insbesondere Bomben und Granaten, eine Aufgabe für insgesamt 20 Mann und 1,3 Millionen Euro.

Bölts Job als Projektleiter war es, anhand typischer magnetischer Signaturen zu erkennen, ob es sich, wenn die Sonde in sechs Meter Tiefe anschlägt, wirklich um eine Bombe handelt oder lediglich um Schrott, ein Rohr, einen alten Brunnen oder eine Stahlarmierung.

Die eigentliche Entschärfung einer Fliegerbombe war dann aber Sache amtlicher Sprengstoffexperten. Das Ergebnis dieser Rasterfahndung ist nicht überliefert.

Einige Jahre zuvor war der spätere Bürgermeister bereits in der Nordsee auf der Suche nach Sprengstoff und Phosphor, damals schon für den Boskalis-Konzern. Es ging darum, im Wattenmeer die Leitungswege von Offshore-Windrädern auf Verseuchung mit alter Munition und Giffässern zu erkunden und zu sichern.

Wenn man will, kann man hier eine alte Verbindung von Mathias Bölt zu Erbauern und Betreibern von Offshore-Windanlagen erkennen.

Boskalis war regelmässig im Konsortium mit Projekten von wpd und wpd-Mehrheitspartnern tätig, etwa beim Yunlin Offshore Windpark (Taiwan, 640 Megawatt), als YunNeng Wind Power Co. mehrheitlich im Besitz von wpd. Boskalis erhielt den Auftrag zum Scour- und Seabett-Schutz für 71 Monopile-Fundamente mit insgesamt 325.000 Tonnen Gestein.

Bei der Fécamp Offshore Windfarm (Frankreich, 500 MW) hatte wpd offshore (zwischenzeitlich, siehe unten, verkauft) einen Anteil von 30 Prozent.

Und für die OWP Butendiek GmbH & Co. KG mit wpd als einem Eigentümer verlegte Boskalis die Leitungen.

Alles Geschäfte, bei denen es insgesamt um Milliarden ging.

Personelle oder finanzielle Verflechtungen oder wenigstens Wechsel zwischen wpd und Boskalis waren und sind aber nicht nachweisbar und werden auch nicht behauptet.

Dass ein nachgeordneter Projektleiter wie Mathias Bölt weitab von jeder Management-Ebene schon vor seiner Wahl zum Bürgermeister oder kurz danach noch aus seiner Boskalis-Zeit über Kontakte zu wpd verfügte, ist denkbar, aber alleine noch nicht einmal ein schwaches Indiz für einen Deal, ein Anlass für weitergehende Spekulationen über seine Motive, sich heute derart in ein Windkraft-Projekt in einem Naturschutzgebiet zu verbeißen, wie es ihm nun von seinen Kritikern vorgehalten wird.

Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) sieht Bölt's Antrieb denn auch alleine im Havelberger Haushaltsloch von fast eineinhalb Millionen Euro, das er „vor sich her schiebt“ und die er sich, so der Sender in einem Bericht, „nicht durch Steuern von den Bürgern holen will“.

Bölt bevorzugt den „ökologischen Weg“ und „dass wir als Kommune Sachen für unsere Bürger auch umsetzen können, ohne sie über Gebühr zu belasten“. Jedes einzelne Windrad, so zitiert ihn der MDR, könnte 30.000 bis 100.000 Euro pro Jahr in die Stadtkasse spülen.

Doch alle Beschwörung hilft nichts: Das Mißtrauen im Ort gegenüber Bürgermeister und Mehrheit im Stadtrat ist inzwischen riesig.

Und wenn wpd sich selbst lobt für „gute Kontakte“ als „wichtiger Schlüssel für eine unkomplizierte und zielführende Verwirklichungen der Projekte“, dann macht das die Skeptiker natürlich hellhörig.

Die Idee, den grossen und weitgehend unberührten Stadtwald nördlich der alten Hansestadt Havelberg zugunsten einer gigantischen Industrieanlage plattzumachen, ist ungeachtet aller Appelle in den Augen der örtlichen Umwelt- und Tierschützer ähnlich schlecht wie vor zehn Jahren die Idee der hessischen Grünen, den

Reinhardswald ganz im Norden von Hessen einer gigantischen Windkraftanlage zu opfern.

Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied:

In Hessen kreischen jetzt die Sägen, rollen die Laster und fließt der Beton für Zufahrtsstraßen und Fundamente, wo neulich noch uralte Eichen einen Märchenwald bildeten.

Zwar sind auch in Wiesbaden die Grünen inzwischen aus der Landesregierung geflogen, aber es gab offenbar niemanden mehr, der willens und in der Lage gewesen wäre, das als pervers empfundene Projekt hart an der Grenze zu Niedersachsen noch zu stoppen, auch nicht CDU-Ministerpräsident Boris Rhein.

Jetzt sprechen in Hessen die Bagger und die klassischen Umweltschützer glauben sich, kochend vor Wut und Machtlosigkeit, im falschen Film.

In Sachsen-Anhalt sind die Grünen demgegenüber notorisch erfolglos, seit 2021 zwar mit 5,9 Prozent und sechs Abgeordneten erneut in den Magdeburger Landtag gerutscht, aber nicht mehr an der von Reiner Haseloff geführten Koalition mit der SPD beteiligt.

Haseloff war von den Grünen noch mit seinen Erfahrungen aus der vorherigen Legislaturperiode bedient, während der sie ihm - nur ein Beispiel - mit Koalitionsbruch drohten, sollte er sich weiter weigern, einer Erhöhung der Rundfunkbeiträge zuzustimmen. Da ersetzte er sie durch die FDP.

Damit fällt die ehemalige Umweltschutzpartei, die in Nordhessen rechtzeitig und zum bleibenden Entsetzen ehemaliger Mitstreiter und Naturschützer Fakten geschaffen hat, als treibende Kraft und Lobby des „schrecklichsten Windparks von ganz Sachsen-Anhalt“ (Marcus Fritze) aus.

Dr. Fritzes Vortrag im „Haus der Flüsse“ erklärte auf 29 Tafeln, warum jeder Investor mit dem Klammerbeutel gepudert sein müsste, auch nur eine weitere Minute ernsthaft an einen „Windpark“ auf Havelberger Stadtgebiet zu denken.

Die Folgen für Fauna und Flora, so sein Resümee, wären verheerend und die rechtlichen und finanziellen Risiken in mehrfacher Hinsicht auch nach neuer Gesetzeslage gigantisch.

Fritze sieht sogar den Staatsanwalt in Aktion treten mit Straf- oder Bußgeldverfahren nach § 69 Bundesnaturschutzgesetz bis hin zu Gefängnis, wenn fahrlässig oder vorsätzlich besonders geschützte Arten systematisch getötet werden.

Botschaft an den wpd-Vorstand: „Auch Verantwortliche in Unternehmen können belangt werden.“

Zu erwarten sei eine Verschlechterung der Population auf lokaler und Landesebene für den Großen Abendsegler, die Teichfledermaus und eventuell weitere Arten wie die Rauhautfledermaus.

Dank der Grünen-Minister Robert Habeck (Wirtschaft) und Steffi Lemke (Umwelt und Naturschutz) können Windräder zwar nicht mehr aus artenschutzrechtlichen Gründen verboten werden, aber dafür, so die Präsentation des Experten, drohten „volumfängliche Abschaltzeiten“ und „zusätzlich hohe jährliche Ausgleichszahlungen von bis zu 3.000 Euro pro Megawatt und Anlage“.

Investoren und Betreiber könnten auch keinen Vertrauensschutz erwarten, erklärte Fritze den Anwesenden, es herrsche vom ersten Moment an ein „hohes Risiko der Anfechtbarkeit durch Widersprüche und Klagen“.

Durch nachträgliche Anordnungen oder gerichtliche Beschlüsse „können sich die Abschaltzeiten verlängern oder es könnte die Genehmigungsfähigkeit in Frage gestellt werden“, was ein „enormes finanzielles Risiko für den Vorhabenträger, Kreditgeber und die Behörde“ bedeute.

Der Mann von der Fledermauskompetenzstelle Sachsen-Anhalt sprach es nicht direkt aus, liess aber keinen Zweifel daran, dass Mitstreiter und Tierschützer den Initiatoren und Verantwortlichen eines Havelberger „Windparks“ jedes einzelne geschredderte Tier, Lebenslauf nachweisbar durch Beringung, um die Ohren hauen werden, bis ihnen Hören und Sehen vergeht und sie ihre Entscheidung, dieses Habitat zum Industriegelände zu machen, aus mehreren Gründen bereuen werden.

Sämtliche Bäume und Kästen seien rechtlich geschützt, mit Koordinaten erfasst und ihr Bestand werde überwacht.

Fritze: „Jeder vernünftige Mensch weiß, dass wir den Klimawandel bekämpfen und dafür Windkraftanlagen bauen müssen.“ Aber die Prüfung der Standorte müsse ergebnisoffen erfolgen. „Es muss auch mal erlaubt sein, zu sagen: ‚Nein, an der Stelle geht es nicht.‘“

Laut Rechtsprechung rechtfertige das Interesse am Ausbau der Windenergie nicht automatisch jede Standortwahl. Fazit: „Meine dringende fachliche Empfehlung: Kein Windpark nördlich von Havelberg.“

Von der Landesregierung ist nur bedingt Unterstützung zu erwarten, wenn es jetzt darum geht, Widerstand vor Ort im Elb-Havel-Winkel zu brechen.

Die politische Konstellation in der Landeshauptstadt Magdeburg ist nicht zwingend geeignet, das „Chiroptera WEA Projekt Havelberg“ - mindestens was die Zweckentfremdung des Waldes angeht - vor dem Scheitern zu bewahren.

Möglicherweise hat es sich, wie dargelegt, nach Halbierung des „Vorhabengebietes“ und Reduktion auf „Offenlandflächen“ mangels Wirtschaftlichkeit sogar vollständig erledigt.

Der wpd-Konzern als potentieller Bauherr und Betreiber lässt das, siehe oben, zur Stunde offen.

wpd ist nach eigenen Angaben Marktführer bei Bau und Betrieb von Windrädern in 33 Ländern der Erde mit 1.300 Mitarbeitern und 29jähriger Expertise. „Als Beweis für unsere Kompetenz und unsere Umsetzungsstärke stehen rund 1.500 Windenergieanlagen, die wir in Deutschland gebaut haben und die über 1,6 Millionen Drei-Personen-Haushalte mit Strom versorgen.“ (Eigenwerbung)

Laut Konzernabschluss 2023 steht wpd wirtschaftlich glänzend da, meldete zuletzt einen Gewinn von 89 Millionen Euro bei einer halben Milliarde Euro Umsatz, woraus eine Umsatzrendite von fast 18 Prozent resultiert - nach 39,4 Prozent 2021 und endgültig sagenhaften 653,7 Prozent bei lediglich 494 Millionen Euro Umsatz 2022 (alle Zahlen laut Firmendatenbank North Data unter Berufung auf Pflichtveröffentlichungen des Konzerns).

Unternehmen, die mehr Gewinn machen als Umsatz, gar sechsmal mehr, sind ausgesprochen rar, was bedeutet: Bei wpd sitzen nicht Manager in der Chefetage, sondern Zauberkünstler.

Diese vollbrachten vor drei Jahren einmalige Sondereffekte, indem sie im Mai 2022 ihr Offshore-Geschäft an den Infrastrukturfonds GIP verkauften und damit einen phantastischen Einmalgewinn erzielten.

Der 22er Konzernabschluss nennt 3,397 Milliarden Euro als „Erträge aus dem Verkauf von Gesellschaften“, ohne konkret zu werden. Darin sollte der Offshore-Deal mit GIP enthalten sein, der seither das Unternehmen vollends nach Belieben schalten, walten und investieren lässt.

Kurzum: Geld spielt bei wpd keine Rolle.

Die weitere unternehmerische Tätigkeit jenseits von Wind und Solar könnte einen auf den Gedanken bringen: Die beiden Männer wissen gar nicht, wohin mit ihrer ganzen Kohle.

Bilanzen mit Goldesel und Goldrand dieses erstaunlichen „Mittelständlers“ (Eigendarstellung) machen wpd denn auch zum Wunschpartner der Havelberger Stadtwerke.

Das Vermögen von Gernot Blanke und Klaus Meier, die das Wind- und Solarunternehmen führen und neben einer Vielzahl weiterer Beteiligungen - soweit erkennbar - vollständig besitzen, wird nach öffentlich zugänglichen Quellen mit 4,5 Milliarden Euro veranschlagt.

Alleine 2023 ist laut *Manager Magazin* eine Milliarde Euro hinzugekommen; deutschlandweit belegt das Duo den 44. Platz unter den 500 Superreichen in Deutschland und nach der Jacobs-Kaffee-Dynastie Platz 2 im ansonsten bettelarmen Bremen.

Man wird mit der Vermutung nicht gänzlich falsch liegen, dass ein erheblicher Teil dieser gigantischen Beträge auf den Konten der Herren Blanke und Meier im Zuge der grossen „Energiewende“ zwecks „Klimaneutralität bis 2045“ in Gestalt des unglaublichen Wildwuchses an Steuern, Gebühren und Abgaben für alles mögliche, insbesondere, aber keineswegs nur per Stromrechnung eingezogen, aus dem Portemonnaie jedes einzelnen bundesdeutschen Stromkunden m/w/d von Kleinrentner bis Chefarzt stammt - ohne Möglichkeit des Entkommens.

Tausend scheinbare Kleinposten, einige offen auf der Stromrechnung ausgewiesen, andere clever von der Politik versteckt, summieren sich Jahr für Jahr zu zehner- und elfstelligen Beträgen.

Und wenn, wie soeben im Koalitionsausschuss auf Bundesebene dank Intervention der SPD, aber zum Entsetzen der CDU-Basis entschieden, die versprochene Senkung der Stromsteuer leider doch nicht in Frage kommt, wird sich am Cashflow des Bremer wpd-Konzerns nicht viel ändern, jedenfalls nicht zum Negativen.

Die Kleinstadt Havelberg, sozialdemokratisch-links dominiert, noch ärmer als der Stadtstaat Bremen, will vom Erfolg dieser Abbuchungs-, Gelddruck- und Umverteilungsmaschine etwas abhaben, um endlich ihren ständigen

Haushaltsnotlagen zu entkommen und nicht jeden Hunderter fünfmal umdrehen und vor der Aufsicht rechtfertigen zu müssen.

In diesem fortgeschrittenen Planungsstadium macht eines allerdings stutzig: Auf der wpd-Webseite erscheint Havelberg immer noch nicht unter den sechs „aktuellen Projekten“, obwohl es auch im Bundesvergleich ein großes ist. Oder wäre. Oder sein müsste.



Der Geschäftsführer der Stadtwerke Sebastian Horn und Bürgermeister Mathias Bölt kämpfen für die Windräder.  
Bildrechte: MDR/Aud Merkel

Just an diesem Montag wird um 12 Uhr mittags ein weiteres Mal Armin Willingmann für zwei Stunden aus Magdeburg anreisen, Sozialdemokrat und Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, um Havelberg auszuzeichnen als „Energiekommune des Monats“

und den Bürgermeister ausführlich zu loben für seine großartige und verständnisvolle „Kommunikation“, immer bemüht, Wissenslücken und Mißverständnisse zu beheben.

„Doch diese sehr offene und transparente Herangehensweise des Havelberger Bürgermeisters“, so lesen wir in der Einladung der LENA Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH für heute mittag, „nutzen Gegner\*innen des Projekts, um Misstrauen zu säen.“

So habe eine „Bürger\*innen-Initiative gegen Windenergie“ versucht, mit 1.000 Unterschriften einen Bürgerentscheid herbeizuführen, sei aber an formalen Hürden gescheitert.

LENA über Mathias Bölt und dessen Großzügigkeit: „Gehört werden die Bedenken trotzdem, Gespräche finden weiterhin statt.“

Es sind Unverschämtheiten wie diese einer Landesagentur, die Leute wie wpd-Geschäftsführer Rami Ramadan - man hört es zwischen seinen Zeilen heraus - die Haare raufen lassen über so viel politische und kommunikative Inkompetenz.

Ramadan kann gar nicht so viel telefonieren, wie kurz darauf wieder an anderer Stelle an Vertrauen zerstört wird.

Sogar seinen Sonntag verbringt er mit Beteuerungen, sein Unternehmen habe nichts mit dem jüngsten Geistesblitz von Bürgermeister und Stadtratsmehrheit im Havelberger Rathaus zu tun, ihren partei- und fraktionslosen Kollegen Rolf Scheider, den juristischen Berater von „Gegenwind e. V.“, für den Rest des Jahres aus allen Sitzungen auszuschließen, weil er sich in einer erregten Debatte am 19. Juni mit einem Satz, provoziert vom Bürgermeister, sarkastisch über Versuche von Behörden und Politik geäußert hat, Attentate auf Weihnachtsmärkte zu verhindern - ein in der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands einmaliger Vorgang und Rechtsbruch, weil heillos gegen jede Verhältnismäßigkeit.

Bürgermeister Bölt hatte sich in der Sondersitzung vergangenen Montag, das Gesicht zur Faust geballt, sogar noch als Scharfmacher betätigt, als der Initiator der Sanktion, der SPD-Stadtrat Sven Hetke, schon wieder versöhnlicher gestimmt war.

Doch Bölt selbst sieht sich auf dem richtigen Weg und den Durchbruch zum Greifen nah:

„Es ist in der Tat herausfordernd, wenn trotz intensiver Bürgerbeteiligung und transparenter Entscheidungsprozesse Kritik laut wird, wir würden nicht im Interesse der Bürger\*innen oder der Natur handeln. Solche Rückmeldungen nehmen wir ernst und nutzen sie als Ansporn, unsere Kommunikationsstrategien zu überdenken und den Dialog weiter zu intensivieren.“

Die neue „Strategie“ sieht so aus, dass der Bürgermeister nicht einmal den Stadtrat, geschweige denn Bevölkerung und Windrad-Gegner über Verlauf, Ergebnis und mögliche Konsequenzen der Zusammenkunft im Havelberger „Haus der Flüsse“ vom 13. Mai 2025 informiert hat.

Interessant wäre auch, von ihm zu erfahren, was sich aus dem Kurswechsel von wpd für den „Städtebaulichen Vertrag“ ergibt, den die Stadt mit dem Unternehmen

abschliessen will, aber von ihm ebenfalls trotz erheblicher Tragweite und Bindung für viele Jahre als Geheimsache behandelt wird.

Beobachter trauen Bölt zu, dass er bereits nach einem anderen „Windpark“-Investor und -Betreiber für seinen Stadtwald sucht, wenn wpd die Finger davon lässt.

Soweit im Moment erkennbar und vorbehaltlich neuer Insider-Informationen, ist es also nicht die Politik, nicht eine Behörde, nicht eine neue Gesetzeslage oder irgendeine Klage und erst recht nicht die Stadt Havelberg, die dem gesamten Vorhaben einen grundlegend neuen Charakter verleiht - es ist die Bremer wpd onshore GmbH & Co. KG selbst, die ihr Vorhaben an entscheidender Stelle schrumpfen will.

Das verleiht der jüngsten Entwicklung eine besondere und schwerlich rückgängig zu machende Durchschlagskraft. Ein Branchenkenner: „Wenn sogar dieser Riese sich eines Besseren besinnt und sich an Havelberg nicht die Finger verbrennen will, wird es ein kleinerer erst recht nicht tun. Ausgeschlossen.“

Unterdessen wird jetzt auch bei den Gegnern ein Denkprozeß einsetzen, wie auf den Schachzug des Bremer Konzerns zu reagieren sei. Erste Reaktionen sind verhalten. Eine Überlegung: Wenn die Fledermäuse von den Windrädern auf dem Acker in ihrer Einflugschneise zwischen Havel und Wald geschreddert werden, ist auch nichts gewonnen. Und bei wpd glaubt man auch deswegen ein Umdenken zu erkennen, als „vielleicht dank neuer, leistungsstärkerer Turbinen gar nicht so viele neue Flächen gebraucht werden, um die Ausbauziele zu erreichen“.

So oder so: Der „Energiekommune des Monats“ am Zusammenfluss von Havel und Elbe stehen turbulente Zeiten bevor.

